

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

Hauptgesichtspunkte des Entwurfes:

Das Regierungsprogramm 2017 – 2022 sieht einerseits im Kapitel "Verkehr und Infrastruktur" die Umsetzung von Maßnahmen für eine moderne, emissionsarme Mobilität (S.150) und andererseits im Kapitel „Umwelt“ die Schaffung von Anreizimpulsen für Fahrzeuge mit emissionsfreien Antriebsformen (S. 171) vor. Es sollen daher die Bestimmungen des § 9 des Bundesstraßen-Mautgesetzes 2002 – BStMG dahingehend novelliert werden, dass Fahrzeuge mit reinem Elektroantrieb oder mit Wasserstoff-Brennstoffzellenantrieb im Rahmen der Festsetzung der fahrleistungsabhängigen Mauttarife zur Anlastung der Infrastrukturkosten gefördert werden.

In § 17 Abs. 2 BStMG wird aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung eine Alternative zur Bestellung und Vereidigung von Mautaufsichtsorganen durch die Behörde vorgesehen.

In § 19 Abs. 5 BStMG wird die Befugnis der Mautaufsichtsorgane zu Aufforderungen zur Zahlung der Ersatzmaut erweitert.

Die vorgeschlagene Bestimmung des § 19a Abs. 3 BStMG und die Ergänzungen des § 16a Abs. 2 und 3 BStMG sollen eine datenschutzrechtlich sinnvolle, deutliche Reduktion von manuellen Nachbearbeitungen im Rahmen der Feststellung der ordnungsgemäßen Entrichtung der Maut ermöglichen, indem mit Hilfe einer pseudonymisierten Speicherung von bestimmten Fahrzeugdaten die Ergebnisse der manuellen Nachbearbeitung von Verdachtsfällen auf Mautprellerei durch Mitarbeiter der Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft (ASFINAG) für künftige Verdachtsfälle nutzbar gemacht werden.

In § 20 Abs. 6 wird klargestellt, dass gezahlte Ersatzmaturen nicht rückforderbar sind und in § 29 Abs. 3 BStMG wird die Anwendbarkeit des § 33a VStG auf Verwaltungsübertretungen nach dem BStMG ausgeschlossen.

Kompetenzgrundlage:

Die Kompetenz des Bundesgesetzgebers zur Erlassung der im Entwurf vorgesehenen Bestimmungen gründet sich auf Art. 10 Abs. 1 Z 9 und auf Art. 11 Abs. 2 zweiter Halbsatz B-VG.

Besonderer Teil

Zu Z 1 bis 3 und 6 (§ 9 Abs. 5, 7 und 11 und § 15 Abs. 2 Z 4 BStMG):

In § 9 Abs. 5 BStMG wird eine Alternative zur bisher vorgesehenen Differenzierung der Mauttarife zur Anlastung der Infrastrukturkosten vorgesehen. Derzeit erfolgt diese Tarifspreizung nach EURO-Emissionsklassen, wobei Fahrzeuge mit reinem Elektroantrieb oder mit Wasserstoff-Brennstoffzellenantrieb jener Tarifgruppe zugeordnet werden, für die der niedrigste Tarif festgesetzt wird. Hier ersetzt § 9 Abs. 5 dritter Satz BStMG die bisher in § 9 Abs. 11 erster Satz BStMG enthaltene Regelung. Nunmehr wird als Alternative eine Tarifspreizung unter Beibehaltung der Differenzierung der Mauttarife nach EURO-Emissionsklassen derart vorgesehen, dass für Fahrzeuge mit reinem Elektroantrieb oder mit Wasserstoff-Brennstoffzellenantrieb eine eigene Tarifgruppe gebildet wird, wobei für diese dann der niedrigste Tarif festzusetzen ist. Dabei wird das Höchstmaß der Tarifspreizung entsprechend der für eine Differenzierung nach EURO-Emissionsklassen geltenden unionsrechtlichen Vorgabe des Artikel 7g Abs. 1 der Richtlinie 1999/62/EG über die Erhebung von Gebühren für die Benützung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge, ABl. Nr. L 187 vom 20.07.1999 S. 42, in der Fassung der Richtlinie 2013/22/EU, ABl. Nr. L 158 vom 10.06.2013 S. 356 (Wegekostenrichtlinie), derart festgelegt, dass der Tarif für Fahrzeuge mit reinem Elektroantrieb oder mit Wasserstoff-Brennstoffzellenantrieb nicht mehr als 50 VH unter dem höchsten Tarif für Fahrzeuge mit EURO-Emissionsklassen liegen darf.

In § 9 Abs. 7 BStMG wird einerseits in Entsprechung der Tabelle 1 des Anhangs IIIb der Wegekostenrichtlinie klargestellt, dass für Fahrzeuge mit reinem Elektroantrieb und mit Wasserstoff-Brennstoffzellenantrieb kein Mauttarif zur Anlastung der Kosten der verkehrsbedingten Luftverschmutzung festzusetzen ist, und andererseits festgelegt, dass eine Anlastung der Kosten der verkehrsbedingten Luftverschmutzung für alle Fahrzeuge mit EURO-Emissionsklassen zu erfolgen hat, wodurch sichergestellt wird, dass Fahrzeuge mit reinem Elektroantrieb oder mit Wasserstoff-Brennstoffzellenantrieb auch bei der Anlastung dieser Kosten tatsächlich tariflich begünstigt werden.

Die in § 9 Abs. 11 und § 15 Abs. 2 Z 4 BStMG vorgeschlagenen Änderungen sehen auch für Fahrzeuge mit reinem Elektroantrieb oder mit Wasserstoff-Brennstoffzellenantrieb die vorläufige Zuordnung eines Fahrzeuges zu einer Tarifgruppe durch Erklärung des Zulassungsbesitzers vor, wobei die näheren Regelungen in der Mautordnung zu treffen sind.

Zu Z 4 (§ 9 Abs. 14 (alt) BStMG):

Es sollen durch Zeitablauf obsolet gewordene Übergangsbestimmungen entfallen.

Zu Z 5, 12 und 18 (§ 15 Abs. 1 Z 15, § 20 Abs. 4 und § 32 Abs. 1 BStMG):

Es handelt sich um redaktionelle Richtigstellungen.

Zu Z 7, 8 und 11 (§ 16a Abs. 2 und 3 und § 19a Abs. 3 BStMG):

Zur Feststellung, ob ein Kraftfahrzeug im Gewichtsbereich von 3,5 Tonnen höchstem zulässigen Gesamtgewicht die Maut ordnungsgemäß entrichtet hat, ist von der ASFINAG eine zuverlässige automatisierte Einschätzung zu treffen, einerseits welcher Art der Mauteinhebung ein Fahrzeug unterliegt (§ 2 BStMG) und andererseits welche für die fahrleistungsabhängige Bemaßung maßgebliche Anzahl von Achsen ein Fahrzeug aufweist (§ 9 BStMG). Im Rahmen dieser automatisierten Erkennung kommt es unweigerlich zu manuellen Nachbearbeitungen, weil in diesem Grenzbereich eine eindeutige Zuordnung von Fahrzeugen allein aufgrund der äußeren Fahrzeugmerkmale nicht möglich ist. So können etwa kleinere LKW, die von außen dieselben Merkmale aufweisen, ein höchstes zulässiges Gesamtgewicht von über oder unter 3,5 Tonnen aufweisen und somit entweder der zeitabhängigen Maut (Mautentrichtung durch Vignette) oder der fahrleistungsabhängigen Maut (Mautentrichtung durch zugelassene Geräte, „On-Board Unit“) unterliegen. Dies hat insbesondere zur Folge, dass Daten über zahlreiche Fahrzeuge, die der zeitabhängigen Maut unterliegen, im Rahmen der automatischen Überwachung der fahrleistungsabhängigen Maut systembedingt als potentielle Mautpreller gespeichert werden (weil sie über keine On-Board Unit verfügen und somit die fahrleistungsabhängige Maut nicht entrichten) und in weiterer Folge einer manuellen Nachbearbeitung zugeführt werden, obwohl sie nicht vom Anwendungsbereich des fahrleistungsabhängigen Mautsystems umfasst wären. Erst im Rahmen der manuellen Nachkontrolle kann festgestellt werden, welcher Art der Mautentrichtung das Fahrzeug zuzuordnen ist. Erschwerend kommt hinzu, dass Fahrzeuge dadurch mehrfach und regelmäßig wiederkehrend von manuellen Nachbearbeitungen betroffen sein können.

Zur Vermeidung von künftigen Mehrfachaufwänden sowie zur Datenminimierung im Sinne der DSGVO soll diese manuell durchgeführte Zuordnung gemeinsam mit ausgewählten Parametern zur Wiedererkennung des Fahrzeuges in pseudonymisierter Form gespeichert werden. Im Rahmen einer zukünftigen Erfassung desselben Fahrzeuges erfolgt in weiterer Folge ein Abgleich der Parameter des erfassten Fahrzeuges mit den zu einem früheren Zeitpunkt erfassten Daten und wird im Falle einer erfolgreichen Zuordnung für die weitere Verarbeitung auf das frühere Ergebnis der manuell durchgeführten Zuordnung zurückgegriffen. Eine weitere manuelle Nachbearbeitung ist in diesem Fall somit nicht erforderlich, der aufgetretene Verdachtsfall auf Mautprellerei wird automatisiert im System verworfen.

Die Verarbeitung der dafür erforderlichen Daten ist auf diesen Anwendungsfall beschränkt (Zweckbindung). Die Speicherung von Bilddaten ist in diesem Zusammenhang unzulässig. Die Speicherung der Daten erfolgt pseudonymisiert im Sinne des Art 4 Z 5 DSGVO. Um die Möglichkeit für allfällige Rückschlüsse auf das Mobilitätsverhalten von Personen wirksam auszuschließen, erfolgt die Verarbeitung darüber hinaus in einer Form, die keinerlei Rückschlüsse auf den konkreten Ort und Zeitpunkt der Erfassung ermöglicht.

Die zulässige Speicherdauer wurde derart festgelegt, dass relevante Fahrzeuge, die das hochrangige österreichische Straßennetz eventuell nur im Jahresabstand benutzen, ebenfalls wirkungsvoll berücksichtigt werden können. Diese Daten werden spätestens am Ende des Jahres, das dem Jahr der letzten Erfassung folgt, gelöscht. Damit wird bewirkt, dass Datensätze, die zur Reduktion der Anzahl von manuellen Nachkontrollen beitragen, weiterhin zur Verfügung stehen, während Datensätze, die innerhalb des Speicherzeitraums nicht zur Effizienzsteigerung sowie zur Datenminimierung im Sinne der DSGVO beigetragen haben, nach Ablauf der Speicherfrist gelöscht werden.

Aus datenschutzrechtlicher Sicht wird durch die getroffenen Maßnahmen einerseits der erforderliche Eingriff in die (Datenschutz-)Rechte und Freiheiten der betroffenen Personen minimiert und andererseits der Aufwand für die manuelle Nachbearbeitung von Verdachtsfällen auf Mautprellerei reduziert. Mit Umsetzung der Maßnahmen werden die Grundsätze für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten (Art 5 DSGVO) und die Verpflichtung zum Datenschutz durch Technikgestaltung (Art 25 DSGVO) berücksichtigt. Im Ergebnis wird durch die getroffenen Maßnahmen das Risiko, dass Bewegungsprofile

von Kraftfahrzeugen, die der zeitabhängigen Maut unterliegen, entstehen könnten, bereits auf technischer Ebene ausgeschlossen (vgl. RV 1587 BlgNR XXV. GP S.6).

Die Ergänzungen des § 16a Abs 2 und 3 normieren die Zulässigkeit der Verarbeitung der erforderlichen Daten im Anwendungsbereich der fahrleistungsabhängigen und zeitabhängigen Maut sowie der Streckenmaut.

Zu Z 9 (§ 17 Abs. 2 BStMG):

Die Bestellung und Vereidigung von Mautaufsichtsorganen wird analog zur Bestimmung des § 30 Abs. 2 Eisenbahngesetz 1957 insofern neu geregelt, als eine Alternative zur Bestellung und Vereidigung der Mautaufsichtsorgane durch die Behörde vorgesehen wird.

Zu Z 10 und 15 (§ 19 Abs. 2 bis 5 und § 27 Abs. 1 BStMG):

Im Rahmen der zeitabhängigen Maut sind nach geltender Rechtslage Aufforderungen zur Leistung der Ersatzmaut nicht vorgesehen, wenn jenes Fahrzeug, mit dem die einschlägige Tat begangen wurde, längere Zeit nach der Tat wieder das Bundesstraßennetz benützt und bei dieser Gelegenheit von den Mautaufsichtsorganen kontrolliert wird. Nunmehr sollen in § 19 Abs. 5 BStMG die entsprechenden Befugnisse der Mautaufsichtsorgane zur Aufforderung zur Leistung der Ersatzmaut auch im Rahmen der zeitabhängigen Maut vorgesehen werden, da nach Einführung der automatischen Überwachung der Einhaltung der zeitabhängigen Mautpflicht die Mautaufsichtsorgane über die für ihr Einschreiten notwendigen Informationen verfügen. Die Ersatzmautaufforderung ist an den Lenker als Vertreter des Zulassungsbesitzers zu richten, sofern das kontrollierte Fahrzeug im Zeitpunkt der Tat bereits auf den Zulassungsbesitzer zugelassen war.

Über die Erweiterung der Befugnis der Mautaufsichtsorgane zu Aufforderungen zur Zahlung der Ersatzmaut hinaus werden folgende Änderungen des § 19 BStMG vorgesehen:

§ 19 Abs. 2 BStMG wird im Sinne der Erläuterungen zur Stammfassung (vgl. RV 1139 BlgNR XXI. GP S. 19) dahingehend geändert, dass sich diese Bestimmung nicht bloß auf Betretungen auf frischer Tat bezieht, sondern auch Betretungen in engem zeitlichen Zusammenhang mit einer Tat einschließt.

Aus der Anordnung in § 32 Abs. 1 zweiter Satz BStMG, dass die nicht ordnungsgemäße Entrichtung der geschuldeten Streckenmaut eine Verwaltungsübertretung darstellt, die als Mautprellerei gemäß § 20 Abs. 1 BStMG gilt, ist abzuleiten, dass über den § 20 Abs. 1 BStMG hinaus auch jene Regelungen des BStMG auf die Streckenmaut anwendbar sind, die wie §§ 19 und 27 Abs. 1 BStMG auf § 20 Abs. 1 BStMG verweisen. Es erfolgt nunmehr aber eine entsprechende Klarstellung in § 19 Abs. 2, 4 und 5 und § 27 Abs. 1 BStMG.

Da mit der in der Novelle BGBl. I Nr. 65/2017 bewirkten Änderung des § 29 BStMG der Auftrag an die Organe der Straßenaufsicht zur Mitwirkung an der Vollziehung der Bestimmungen des BStMG über die zeitabhängige Maut durch Überwachung der Einhaltung seiner Vorschriften, durch Maßnahmen, die für die Einleitung und Durchführung eines Verwaltungsstrafverfahrens erforderlich sind, und durch Entgegennahme von Ersatzmautzahlungen aus Anlass der Betretung bei einer Verwaltungsübertretung gemäß § 20 Abs. 1 BStMG entfallen ist, sind die in § 19 Abs. 2, 4 und 5 und § 27 Abs. 1 BStMG enthaltenen Bestimmungen über „Organe der Straßenaufsicht“ bzw. über andere „Organe der öffentlichen Aufsicht“ obsolet. Die Bestimmungen über die Ersatzmaut richten sich nur noch an Mautaufsichtsorgane und die ASFINAG.

Die in § 19 Abs. 2 bis 5 BStMG enthaltenen Bestimmungen sehen vor, dass die Mautaufsichtsorgane, bei denen es sich um Organe der öffentlichen Aufsicht handelt (§ 17 Abs. 4 BStMG), und die ASFINAG zu Aufforderungen zur Zahlung der Ersatzmaut ermächtigt sind. Der Begriff der „Ermächtigung“ suggeriert aber, dass die Mautaufsichtsorgane und die ASFINAG bei Aufforderungen zur Zahlung der Ersatzmaut hoheitlich tätig werden; da es sich aber bei der Ersatzmaut ebenso wie bei der Maut um ein dem Privatrecht unterliegendes Entgelt handelt, wird nunmehr in § 19 Abs. 2 bis 5 BStMG jeweils der Ausdruck „ermächtigt“ durch den Ausdruck „befugt“ ersetzt, wodurch klarer zum Ausdruck kommt, dass die Mautaufsichtsorgane und die ASFINAG bei Aufforderungen zur Zahlung der Ersatzmaut nicht hoheitlich tätig werden.

Zu Z 13 (§ 20 Abs. 6 BStMG):

Bei der Ersatzmaut handelt es sich zwar ebenso wie bei der Maut um ein dem Privatrecht unterliegendes Entgelt, doch handelt es sich nicht nur um eine zivilrechtliche Sanktion im Falle der Mautprellerei. Die Entrichtung der in der Mautordnung festgesetzten Ersatzmaut stellt nämlich gemäß § 20 Abs. 5 BStMG einen Strafaufhebungsgrund dar. Das bedeutet, dass mit der Benützung des mautpflichtigen Straßennetzes ohne ordnungsgemäße Entrichtung der Maut das strafbare Verhalten bereits verwirklicht wird, bei Bezahlung der Ersatzmaut die Strafbarkeit aber nachträglich wieder entfällt (vgl. VwGH 28.11.2006, Zl.

2005/06/0156). Daraus folgt, dass gezahlte Ersatzmauten nicht rückforderbar sind. Der vorgeschlagene neue Abs. 6 dient in diesem Sinne der Klarstellung.

Zu Z 14 (§ 24 Abs. 1 BStMG):

Es wird klargestellt, dass die in § 24 Abs. 1 BStMG getroffene Widmung von Strafgeldern auch auf solche Straf gelder anwendbar ist, die gemäß § 32 Abs. 1 zweiter Satz BStMG eingehoben werden.

Die Bestimmung über die Widmung von Straf geldern im Falle, dass Verwaltungsübertretungen von Organen der Straßenaufsicht wahrgenommen werden, entfällt, da mit der in der Novelle BGBl. I Nr. 65/2017 bewirkten Änderung des § 29 BStMG der Auftrag an die Organe der Straßenaufsicht zur Mitwirkung an der Vollziehung der Bestimmungen des BStMG über die zeitabhängige Maut entfallen ist.

Zu Z 16 und 17 (§ 29 Abs. 2 und 3 BStMG):

Es wird klargestellt, dass die Regelungen des § 29 Abs. 2 BStMG auch auf Verwaltungsübertretungen gemäß § 32 Abs. 1 zweiter Satz BStMG anwendbar sind.

Bislang wird in § 29 Abs. 2 Z 3 BStMG lediglich der Ausschluss der Anwendbarkeit der Bestimmungen des § 50 VStG über Organstrafverfügungen vorgesehen, da die in § 19 BStMG vorgesehene Aufforderung zur Zahlung der Ersatzmaut ein funktionales Äquivalent bildet, das Organstrafverfügungen überflüssig macht. Nunmehr soll in § 29 Abs. 3 BStMG auch die Anwendbarkeit der mit BGBl. I Nr. 57/2018 in das VStG eingefügten Regelung des § 33a auf Verwaltungsübertretungen gemäß §§ 20 und 32 Abs. 1 zweiter Satz ausgeschlossen werden. Dessen Regelungsinhalt lässt sich nicht mit dem aus der Gesetzessystematik des BStMG ableitbaren abgestuften Bezugssystem zwischen der zeit- bzw. fahrleistungsabhängigen Maut, der Ersatzmaut und dem Strafrahmen (vgl. VwGH 25.1.2018, Ra 2016/06/0025, zum abgestuften Bezugssystem) in Einklang bringen. Das Ersatzmautsystem ermöglicht dem Tatverdächtigen durch Bezahlung der Ersatzmaut die Strafbarkeit nachträglich wieder entfallen zu lassen und die Einleitung eines Verwaltungsstrafverfahrens zu verhindern. Dies geschieht in rund 86 % der Fälle von Ersatzmautaufforderungen. Dem bewährten System würde die Grundlage entzogen, wenn Tatverdächtige die Frist zur Zahlung der Ersatzmaut verstreichen lassen und dann gemäß § 33a Abs. 1 VStG die Gelegenheit erhalten, im Sinne der Herstellung des den Verwaltungsvorschriften entsprechenden Zustandes die nicht ordnungsgemäß entrichtete Maut nachzuentrichten. Anders als der Zahlung der Ersatzmaut käme der Nachentrichtung der Maut gemäß § 33a Abs. 1 VStG nicht die notwendige generalpräventive Wirkung zu, da die Nachentrichtung im Falle der fahrleistungsabhängigen Maut lediglich für die jeweils kontrollierten Mautabschnitte vorzunehmen wäre oder im Falle der zeitabhängigen Maut lediglich in der Entrichtung des Preises einer Zehntagesvignette bestehen würde. Darüber hinaus würden die Verwaltungsstrafbehörden mit einer großen Zahl zusätzlicher Verfahren konfrontiert werden. In einem großen Teil der jährlich rund 275.000 Fälle von Mautprellerei wäre ein Aufforderungsverfahren gemäß § 33a Abs. 1 VStG durchzuführen, während derzeit lediglich in den jährlich rund 38.000 Fällen, in denen die Ersatzmaut nicht bezahlt wurde, ein Verwaltungsstrafverfahren einzuleiten ist.

Zu Z 19 (§ 33 Abs. 12 BStMG):

Die Bestimmungen der Novelle sollen mit dem der Kundmachung im Bundesgesetzblatt folgenden Tag in Kraft treten.